



Risiken ausblenden hat Tradition

Der Nationalrat hat die Motion von Mitte-Ständerat Benedikt Würth angenommen, die einen Marschhalt bei neuen Empfehlungen zum Alkoholkonsum verlangt. Begründet wird dies unter anderem mit Zweifeln an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu den gesundheitlichen Folgen von Alkohol.

Das erstaunt.

Denn die Diskussion dreht sich nicht um Verbote oder Bevormundung. Es geht um die Frage, ob die Bevölkerung Zugang zu aktuellen und verständlichen Informationen über gesundheitliche Risiken

haben soll. Dabei zeigt sich ein beunruhigendes Muster: Sobald wissenschaftliche Erkenntnisse wirtschaftlichen Interessen entgegenstehen, werden sie relativiert, verzögert oder grundsätzlich in Frage gestellt.

Das war schon beim vermeintlichen Wundermittel Asbest oder PFAS so und zeigt sich bis heute immer wieder, wenn bekannte Risiken mit wirtschaftlichen oder politischen Interessen kollidieren.

Wer Empfehlungen zum Alkoholkonsum verhindern oder verzögern will, sollte erklären,

weshalb wirtschaftliche Interessen wichtiger sind als die Gesundheit der Bevölkerung.

Eine demokratische Gesellschaft lebt davon, dass Chancen und Risiken offen benannt werden. Nicht um Menschen zu bevormunden, sondern damit sie informierte Entscheidungen treffen können.

Aufklärung ist kein Verbot. Aufklärung schafft Freiheit.

Und Vertrauen entsteht dort, wo Informationen wichtiger sind als Interessen.

Helmut Wiegisser, Weinfelden,
Geschäftsführer Blaues Kreuz SH-TG